

Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus Hessen und Rheinland-Pfalz und die demokratischen Abgeordneten des Europaparlaments zur Verstärkung von Maßnahmen zur Beendigung des Völkermordes im Sudan

Frankfurt und Limburg, den 29. Januar 2026

Sehr geehrte/r _____,

Seit April 2023 entwickelt sich im Sudan eine der größten humanitären Katastrophen der Gegenwart. Mittlerweile hat der Krieg insbesondere in Dafur die Dimension eines Völkermordes angenommen. Dennoch richtet sich erst seit einigen Wochen die mediale Aufmerksamkeit verstärkt auf dieses Geschehen. Bundesregierung und EU-Kommission verurteilen zwar das Morden, und fordern einen Waffenstillstand, sie handeln aber bislang nicht angemessen. Der Krieg wird auch durch ausländische Akteure und deren wirtschaftlichen und regionalpolitischen Interessen am Leben gehalten. So unterstützen die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) massiv die für den Völkermord in Dafur verantwortliche RSF-Miliz nachweislich mit Waffen und Rüstungsgütern und lassen sich dafür mit sudanesischem Gold und Rohstoffen bezahlen. Auch das russische Afrikacorps (frühere Wagner-Söldner) ist hieran maßgeblich beteiligt und sichert so der russischen Regierung den Zugang zu einem nicht-sanktionierbaren Zahlungsmittel zur Finanzierung der russischen Kriegswirtschaft. Die andere Kriegspartei, die sudanesisch Armee, die auch für Kriegsverbrechen und große Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist, wird vor allem von Ägypten, Saudi-Arabien und der Türkei mit Waffen und Rüstungsgütern versorgt. Obwohl all dies bekannt ist, sprechen Bundesregierung und EU-Kommission von diesen kriegsunterstützenden Staaten immer noch als „Partner“, mit denen man gemeinsam nach Lösungen für ein Ende der Gewalt suche.

Fordern Sie mit uns ein umgehendes Waffenembargo Deutschlands und der EU für alle am Krieg im Sudan beteiligten Staaten – vornehmlich für die VAE, Ägypten und Saudi-Arabien.

Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass die Bundesregierung und die EU-Kommission endlich politischen und wirtschaftlichen Druck auf diese Staaten ausüben, damit diese ihre Unterstützung für die Kriegsparteien umgehend beenden.

Appellieren Sie an Bundesregierung und EU-Kommission, sich deutlich stärker für einen Friedensprozess zu engagieren, bei dem die Organisationen der sudanesischen Zivilgesellschaft – vor allem auch die „Emergency Response Rooms“ (ERR), die vor kurzem mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet wurden – eine zentrale Rolle erhalten.

Fordern Sie die Bundesregierung auf, möglichst gemeinsam mit der Afrikanischen Union, den USA und der EU humanitäre Korridore für Zivilisten durchzusetzen.

Treten Sie dafür ein, dass Deutschland und die EU die materielle Verantwortung für die riesigen Flüchtlingslager in den Nachbarländern des Sudan übernehmen und im Land selbst die lebenswichtigen lokalen Hilfswerke finanziell und die demokratische Zivilgesellschaft politisch unterstützen.

Über eine Antwort darüber, wie Sie unsere Anliegen beurteilen und ob Sie es unterstützen können, würden wir uns sehr freuen.

Mit herzlichen Grüßen und der Bitte, die Menschen im Sudan zu unterstützen



Susanne Margraf-Epe
Vorsitzende des pax christi
Regionalverbandes Rhein-Main



Thomas Diekmann
Vorsitzender des KAB-
Diözesanverbandes Limburg



Thomas Meinhardt
Vorsitzender des pax christi
Regionalverbandes Rhein-Main



Pfr. Walter Henkes
Präses des KAB-Diözesanverbandes
Limburg